

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 220-2015
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.874

Eingereicht am: 07.09.2015

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: SP-JUSO-PSA (Brunner, Hinterkappelen) (Sprecher/in)
SP-JUSO-PSA (Zäch, Burgdorf)
SP-JUSO-PSA (Zybach, Spiez)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 09.09.2015

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Anreizsystem für Gemeinden, die Flüchtlinge aufnehmen

Der Regierungsrat schafft ein Anreizsystem für jene Gemeinden, die Flüchtlinge aufnehmen.

Begründung:

Es darf nicht sein, dass ein unwürdiger Verteilungskampf – zwischen Kanton und Gemeinden – auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen wird, die diesen Kampf auf ihrem Rücken und in ihrer Seele aushalten müssen.

Flüchtlinge sind nicht nur eine Belastung. Sie bringen aus ihren Herkunftsländern Wissen, Können und Kompetenzen mit. Sie sind Mitbürgerinnen und Mitbürger. Schluss mit Aushalten, Durchwursteln und Hinnehmen, hin zu einem Gemeinwesen, in dem Menschen in ihren Ressourcen angesprochen werden und eine Willkommenskultur herrscht.

Im Rahmen des Anreizsystems könnte die Regierung beispielsweise einen Wettbewerb für Gemeinden ausschreiben. Gemeinden könnten sich um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen bewerben. Gemeinden legen Pläne zur Unterbringung und Versorgung, zu Bildungen und zu Arbeitsplätzen vor. Im Gegenzug erhalten sie ein Höchstmass an Förderung, bürokratisch, logistisch und finanziell.

Rund 30 000 Asylgesuche werden dieses Jahr in der Schweiz eingehen, rechnet das Staatssekretariat für Migration (SEM) vor. Und genau auf diese Anzahl von rund 30 000 Asylsuchenden ist

das heutige Unterbringungssystem ausgerichtet. Nüchtern betrachtet verfügt die Schweiz genügend Infrastrukturen, um die erwarteten Asylsuchenden unterzubringen. Dazu braucht es jedoch die Mithilfe der Gemeinden.

Es muss davon ausgegangen werden, dass die Flüchtlingsproblematik noch lange nicht zu Ende ist. Prognosen sprechen von bis zu 1000 Flüchtlingen, die pro Woche in die Schweiz kommen könnten. Als grosser Kanton wird Bern daher immer sehr viele Menschen aufnehmen müssen. Zurzeit sind es bis zu 125 Personen pro Woche.

Die aktuellen Ereignisse mit den dramatischen Folgen für viele Flüchtlinge zeigen deutlich, dass wir handeln und nachhaltige Lösungen finden müssen. Zuerst gilt es, den Menschen zu helfen, die ihr Land verlassen mussten und dabei Leib und Leben riskieren. In der Flüchtlingspolitik und im Migrationswesen muss sich dringend und nachhaltig etwas ändern. Es braucht ein Vorgehen mit neuen Lösungsansätzen, bei denen die Ressourcen aller einbezogen werden, um eine für alle akzeptablere Situation zu schaffen.

Aus diesem Grund soll der Kanton ein Anreizsystem für Gemeinden ausarbeiten, die bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen.

Begründung der Dringlichkeit: Wir erleben eine humanitäre Tragödie. Die Unterbringungssituation im Asylbereich ist in einer Sackgasse. Es braucht nun zeitnahe und neue Lösungsansätze.

Verteiler

- Wählen Sie ein Element aus
- Grosser Rat